

Die deutsche Wahlkampagne 2002 verursachte eine ernste Krise in den Beziehungen Deutschlands und der USA. Trotz mehrerer Versuche, sie herunterzuspielen, sogar vorzutäuschen, sie sei größtenteils vorbei, haben wir heute immer noch mit einer Krise zu tun, deren weiterer Verlauf möglicherweise schwer wiegende und für beide Länder nachteilige Auswirkungen mit sich bringen wird. Die eigentlichen Ursachen dieses plötzlichen Streites zwischen zwei Partnern sind sowohl lang- als auch kurzfristig und zum Teil dem Wahlklima selbst zuzuschreiben, obwohl sich die Wahlkampagnen beider Länder in der Regel mit innenpolitischen Fragen beschäftigen. Aus der jetzigen Lage entsteht möglicherweise ein neues und etwas anderes Verhältnis zwischen beiden Ländern, was von Bedeutung für die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt sein wird sowie für die Rolle der Vereinigten Staaten. Die Beschlüsse der USA setzten zum Teil die Zuverlässigkeit und Beratung freundlicher Nationen voraus, und in den zehn Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges haben die USA zwischen unilateraler und bilateraler Beschlussfassung geschwankt. Wichtig ist es für Deutschland wie für die USA, dass beide Länder eine Grundlage für eine gemeinsame Politik finden, die zur Stabilität und zum Frieden in Europa und in der Welt beiträgt.

Das Ende des Kalten Krieges und die Osterweiterung der Europäischen Union gaben den Deutschen die Gelegenheit, sich von dem unglücklichen Erbe des

Zweiten Weltkrieges freizumachen und zu versuchen, eine Rolle unter den Nationen der Welt zu spielen, die als *normalcy* verstanden wird. Dies heißt im Grunde, dass Deutschland sein nationales Interesse in der Außenpolitik öffentlich verfechten und eine neue Identität in einer veränderten Welt finden kann. Unter Helmut Kohl blieb die deutsche Außenpolitik europäischen Interessen untergeordnet. Ihm ging es darum, deutsche Anliegen innerhalb europäischer Grenzen zu verfolgen und im herkömmlichen, multilateralen Rahmen zu bleiben. Für Kohl sollte Deutschland eine erneuerte Nation sein; so machte er etwa den dramatischen Vorschlag, die deutsch-polnischen Beziehungen sollten eines Tages so eng werden wie die deutsch-französischen. Als überzeugter Europäer unterstützte Kohl bestimmte Prinzipien, darunter den Glauben, deutsche Interessen ließen sich innerhalb eines europäischen Rahmens am besten verfolgen und enge Beziehungen zwischen Deutschland und den USA sowie enge Beziehungen zwischen Europa und den USA seien nützliche Stützen für die deutsche Außenpolitik. Gerhard Schröder hat jedoch entschieden, deutsche Interessen deutlicher und energhischer zu fördern. So wollte er eine allgemein selbstbewusstere Außenpolitik entwickeln; sie sollte beispielsweise die Rolle Deutschlands in der Finanzierung der Europäischen Union neu untersuchen und auch sicherstellen, dass transatlantische Beziehungen vom Standpunkt eines verminderten amerikanischen Unilateralismus einerseits und ei-

nes vergrößerten deutschen und europäischen Einflusses anderseits zu betrachten sind. Er konnte weder das eine noch das andere Ziel erreichen und musste sich sogar auf beiden Fronten zurückziehen. Deutschland hat in Europa mehr aufgegeben, als es gewonnen hat, und hat keine Vorteile in den deutsch-amerikanischen Beziehungen erzielt.

Das Ende des Kalten Krieges befreite die Vereinigten Staaten von dem Zwang, mit der Sowjetunion konkurrieren zu müssen, somit wurden sie zur einzigen globalen Supermacht und mussten ihre Außenpolitik innerhalb eines veränderten internationalen Rahmens formulieren. Mit dem Ende der bipolarisierten Welt mussten sie ebenfalls eine neue Identität suchen. Washington wurde mit folgenden Fragen konfrontiert: Wie sollte Amerika in globalen Angelegenheiten in Zukunft reagieren, multilateral oder unilateral, mit harter Macht oder sanfter Macht? In seiner Rede in Mainz schlug George Bush senior vor, Deutschland und die Vereinigten Staaten sollten führende Partner („partners in leadership“) werden. Damit meinte er selbstverständlich, Deutschland solle eine Rolle teilen, die sowohl führend als auch verantwortungsvoll sei. Weder Deutschland noch die Vereinigten Staaten verfolgten diesen Vorschlag, Präsident William Jefferson Clinton gab aber zu verstehen, er wolle eine multilaterale Richtung einschlagen, ohne dabei auf die Details der Umsetzung einer solchen Politik einzugehen. So lehnte der Senat der Vereinigten Staaten den Kyoto-Vertrag mit 97:0 Stimmen ab. Clinton akzeptierte die Ablehnung des Vertrages durch den Senat und konnte keine Kompromissvereinbarung erreichen. Als man ihn im Jahre 2002 darauf ansprach, gab Tom Daschle, Sprecher der Mehrheitspartei im Senat und demokratischer Senator für South Dakota, zu, immer noch Gegner des Vertrags zu sein. Dasselbe Schicksal befiel den Vertrag über den Internationalen Gerichtshof.

Clinton signalisierte ebenfalls seine Bereitschaft, in internationalen Krisen multilateral einzutreten, blieb aber bereit, unilateral zu handeln. In Angelegenheiten der globalen Sicherheit wollte er keine amerikanischen Truppen einsetzen, sondern aus der Ferne zuschlagen. So veranlasste er den amerikanischen Raketenangriff auf eine Fabrik in Afrika, in der angeblich Waffen für einen Angriff auf die Vereinigten Staaten hergestellt wurden. In seinem Wahlkampf im Jahre 2000 war George W. Bush in mehreren außenpolitischen Fragen anderer Meinung als sein demokratischer Gegner, Vizepräsident Albert Gore junior. Gore betonte, die Vereinigten Staaten sollten des Öfteren in globalen Krisensituationen eingreifen, während Bush auf dem Standpunkt beharrte, solche Interventionen sollten selten unternommen und die Anlässe dafür sorgfältig überprüft werden. Als Bush Präsident wurde, waren Kyoto und der Vertrag über den internationalen Gerichtshof noch offene Fragen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sowie in der öffentlichen Meinung beider Länder. Bush wollte eine eher nationale Lösung solcher ausstehenden Fragen erreichen, und seine Bedenken wegen eines Eingriffes in die Angelegenheiten ausländischer Staaten waren eher auf seine innenpolitischen Pläne zurückzuführen als auf einen Wunsch nach einem gesteigerten Multilateralismus.

Nach dem Angriff der Al Qaida vom 11. September auf die Vereinigten Staaten zeigten sich beide Länder unsicher, wie sie sich in einer internationalen Krise verhalten sollten. Die Regierung Bush gewann große internationale Sympathien für einen Kampf gegen die Terrorgruppe. Bundeskanzler Gerhard Schröder stimmte mit anderen Regierungschefs überein, man solle den Fall im Sinne von Artikel 5 des NATO-Vertrags behandeln, und sicherte seine volle Unterstützung zu. Die europäischen Länder zeigten sich jedoch nur be-

grenzt verlässlich in ihrer Bereitschaft, Änderungen in der jeweiligen nationalen Gesetzgebung und Verfahrensweise durchzuführen, die bei der Entdeckung von terroristischen Zellen helfen konnten. Die Verfolgung von Terroristen und die Finanzierung dieser Aktionen wurden zwar unterstützt, aber es gab trotzdem Probleme. Beispielsweise konnte ein wichtiges El-Kaida-Mitglied, das angeblich unter strenger Überwachung in Deutschland lebte, im Dezember 2002 das Land einfach verlassen. Ihm wurde sogar sein Reisepass ausgehändigt.

Der amerikanische Präsident wartete lange, bevor er einen Angriff auf den El-Kaida-Staat Afghanistan anordnete. Dabei hofften viele, darunter auch Deutsche, die die Resultate einer amerikanischen Reaktion befürchteten und sich an die langwierige, verhängnisvolle sowjetische Erfahrung in Afghanistan erinnerten, Bush würde sich darauf beschränken, einige Bankkonten zu sperren und einzelne terroristische Zellen aufzuspüren. Die gemäßigte Reaktion der Amerikaner schien ein positives Zeichen zu setzen. Der amerikanische Angriff, als er dann zu Stande kam, war rasch und erfolgreich. Der plötzliche Fall Afghanistans überraschte, aber das Scheitern des Versuches, die terroristische Führung zu vernichten, und die Entdeckung, dass sich das El-Kaida-Netz global ausgebretet hatte, verringerten den Sieg. Bombenexplosionen in Indonesien und in anderen Ländern sowie die amerikanische Unterstützung der philippinischen Regierung erhöhten die Spannung unter denjenigen, die auf eine Lösung des Konfliktes hofften. Die globale Gefahr war offensichtlich und entsetzlich.

Entfernte Angelegenheit

Viele Deutsche und auch andere Europäer betrachteten sie als eine weit entfernte Angelegenheit. Sogar europäische Länder mit einer großen moslemischen Bevölkerung hofften, der Terrorismus würde sie

nicht treffen. Während die öffentliche Meinung in Amerika mit Berichten über terroristische Aktionen und Versuche, terroristische Verschwörungen zu entdecken, über die ernsten wirtschaftlichen Folgen vom 11. September und die Änderungen im Lebensstil als Resultat des voraussichtlich langen Konfliktes gegen den Terrorismus ständig überschüttet wurde, beschäftigte sich die öffentliche Meinung in Deutschland mit den nationalen Problemen der Arbeitslosigkeit, der wirtschaftlichen Rezession und den bevorstehenden Bundestagswahlen. Bei manchen Deutschen verstärkte der rasche Sieg in Afghanistan die Angst vor zukünftigen amerikanischen Maßnahmen. Für diejenigen, die der amerikanischen Militärmacht immer misstrauen, schien der Erfolg im Afghanistan-Krieg die Wahrscheinlichkeit weiterer Interventionen wie die in Afghanistan zu steigern. Und so wurde der Krieg gegen den Terror für einen amerikanischen Krieg gehalten, in dem Deutschland und die übrigen europäischen Länder eine Art von Alliierten bildeten. Die rot-grüne Koalition in Berlin stimmte zwar zu, an der Friedenssicherung in Afghanistan teilzunehmen, was an sich einen großen Schritt für Deutschland bedeutete, aber das größere Problem der Zusammenarbeit im andauernden Kampf blieb ungelöst.

Gleichzeitig kürzte die Finanzpolitik der Bundesregierung weiter die Ausgaben für die Bundeswehr und verringerte damit den ohnehin kleinen Beitrag, den Deutschland im Falle einer gemeinsamen militärischen Gefahr leisten konnte. Das Budget der deutschen Bundeswehr wie auch das anderer NATO-Länder war dermaßen überlastet, dass der Friedenseinsatz der NATO neu überdacht werden musste. Die Regierung Bush war dabei, die Bildung einer Schnelleingreiftruppe vorzuschlagen, die aus Truppen mehrerer Länder bestehen sollte, da Washington die Hoffnung auf andere Möglichkeiten einer effektiven europäischen Beteiligung auf-

gegeben hatte. Europäischer, damit auch deutscher Einfluss auf die strategische Politik der USA wurde durch solche budgetären Entscheidungen geschwächt.

Die Meinungsunterschiede

Die Meinungsunterschiede zwischen Berlin und Washington wurden bald klar. Washington identifizierte zwei miteinander verwandte Globalgefahren, die sowohl den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit als auch die amerikanische Heimat bedrohten, nämlich einerseits den Terrorismus sowie die Verbreitung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen und andererseits die so genannte „Achse des Bösen“ – den Irak, den Iran und Nordkorea –, wobei für jedes Land unterschiedliche Reaktionen notwendig waren. Die Bundesregierung war bereit, über das erste Problem zu verhandeln, nicht über das zweite. Als Präsident George W. Bush seine Aufmerksamkeit auf den ihm am wichtigsten erscheinenden pränuklearen Staat richtete, traf Gerhard Schröder, der vor einer schwierigen Wahlkampagne stand, eine dramatische Entscheidung. Vor einem schwierigen Wahlkampf führte er einen „Präventivschlag“ aus.

Während Bush sich noch überlegte, wie gegen Bagdad vorgegangen werden sollte, brachte Schröder die irakische Frage in den Bundestagswahlkampf und erklärte, Deutschland sei unter gar keinen Umständen bereit, Saddam Hussein anzugreifen, dessen ungeachtet, ob die Vereinten Nationen daran beteiligt seien oder nicht. Zudem würde Deutschland seinen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Januar 2003 übernehmen und von da aus seinen Standpunkt vertreten. Der Bundeskanzler und seine Kollegen sprachen von amerikanischer Abenteuerpolitik und setzten die Kampagne auf ein solches Niveau, dass sich die Öffentlichkeit das Bild eines kampfeslustigen „Cowboys“ machte, der die globale Herrschaft

Amerikas durch willkürliche Kriegsführung erreichen wollte, wann und wo immer er wollte. Während der amerikanischen Präsidentenwahlen hatten einige deutsche Journalisten bereits dafür gesorgt, dass Bush negative Resultate von Meinungsumfragen in Deutschland bekam, die sich infolge der umsichtigen amerikanischen Entscheidungen, die nach dem Afghanistan-Krieg getroffen wurden, erst kurz vorher leicht verbessert hatten. Jetzt waren sie wieder negativ. Die damalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin soll gesagt haben, Bush wäre im Gefängnis, wenn er in Deutschland wäre, und das amerikanische Justizsystem sei defekt, während der Bundeskanzler vorzustimmenden Massen immer wieder behauptete, amerikanische Verhältnisse seien für die Deutschen unannehmbar, egal wie groß die wirtschaftliche Misere sei. Washington, schockiert, reagierte ruhig, aber entschlossen. Bush unterließ es, dem Bundeskanzler zu seiner Wiederwahl zu gratulieren. Verschiedene Versuche sind unternommen worden, die Differenzen zu überbrücken, aber bis jetzt vergeblich.

Als Bundeskanzler Schröder seinen „Präventivschlag“ machte, war die Debatte in Washington und in den gesamten Vereinigten Staaten über das, was mit dem Irak unternommen werden sollte, noch nicht zu Ende. Trotz der offenen Beschuldigung des Bundeskanzlers im Hinblick auf einen Entschluss, der noch nicht getroffen war, tendierte die öffentliche Meinung in Deutschland in die gleiche Richtung wie in den Vereinigten Staaten und den übrigen europäischen Ländern. Nach einer weit verbreiteten Umfrage war Präsident Saddam Hussein in den Augen der Amerikaner sowie der Deutschen ein brutaler Diktator, den man nicht trauen konnte. Wie sowohl Amerikaner wie auch Deutsche wussten, importierte er Materialien, mit denen er seine militärische Macht verstärken konnte, und die Presse

in beiden Ländern berichtete über den Verkauf von Materialien an den Irak, die nach den Sanktionen der Vereinten Nationen verboten waren. Europäer wie Amerikaner verstanden, dass er nicht vertrauenswürdig war. Auf beiden Kontinenten bevorzugte eine große Mehrheit die Wiederaufnahme von Waffeninspektionen als die geeignete internationale Methode. Multilaterale statt unilaterale Maßnahmen wurden auf beiden Seiten des Atlantiks gutgeheißen. Die Meinungen der beiden Bevölkerungen wichen in einem Punkt voneinander ab, nämlich in der Bereitschaft der Amerikaner, eine multilaterale Militäraktion gegen den Irak zu unterstützen, und der Abneigung der Deutschen, eine Militäraktion zu bewilligen.

Veränderter Kriegsbegriff

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung Schröder/Fischer und der Regierung Bush zeigten auch den Unterschied zwischen den Ansichten der beiden Regierungen darüber, wie ein Krieg zu führen war, was der Begriff Krieg bedeutete und was defensive Maßnahmen auslösen sollte. Bei Bush und seinen Beratern hatte sich die Auffassung zur Kriegsführung dramatisch geändert. Seit dem Westfälischen Frieden wurde der Krieg allgemein als das Überschreiten einer Landesgrenze durch die Armee eines fremden Staates verstanden. Auch der Zweite Weltkrieg war durch das Überschreiten einer Grenze ausgelöst worden. Das entscheidende Ereignis für die Vereinigten Staaten war der Angriff auf Pearl Harbor durch die Streitkräfte Japans. Der „Krieg gegen den Terrorismus“ wurde als etwas anderes gesehen. Der Angreifer war hier kein Staat, sondern eine Gruppe von einzelnen Personen. Das Mittel war keine Armee, die eine Grenze überschritt, sondern Angriffe mit konventionellen oder unkonventionellen Waffen, die überall und zu jeder Zeit durchgeführt werden konnten. Kurz nach dem 11. September

2001 hatte die Regierung Busch erklärt, dieser Krieg bestehe darin, Bankkonten zu identifizieren, die Geldmittel von El Kaida ausfindig zu machen und zu beschlagnahmen; dies sei ein Informationskrieg, um die Entdeckung von Terroristenzellen zu ermöglichen. Bald danach wurde es ein Krieg, der das Talibanregime in Afghanistan stürzen und die Regierung eines abhängigen Staates zerstören sollte, die El Kaida diente und El Kaida das Territorium überließ, um die Ausbildung und Vorbereitung der Operationen in Afghanistan durchzuführen. Zweite Zielscheibe in dem andauernden Kampf ist der Irak, der wohl mit der ersten verbunden ist. Die früheren Inspektoren hatten Forschungsmaterial über biologische und chemische Waffen im Irak entdeckt, ein Kernwaffenprogramm soll geplant sein.

Wenn diese Waffen tatsächlich existierten, verfügte der Irak nach dem Abzug der Inspektoren über zwei Möglichkeiten. Erstens war der irakische Diktator in der Lage, diese Waffen einzusetzen. Bei einem heimlichen Einsatz wäre die Angriffsbasis womöglich unauffindbar. Ebenso wenig ließe sich eine Kernwaffenexplosion in New York, die durch eine Bombe in einem Behälter verursacht würde, bis zur Basis zurückverfolgen. Das Gleiche gälte für den Einsatz von biologischen Waffen. Zweitens konnte Saddam anderen, darunter womöglich El Kaida, solche Waffen zur Verfügung stellen. So stellte der Irak, wie die Regierung Bush argumentierte, eine Gefahr dar, ob sich eine direkte Verbindung zu El Kaida finden ließ oder nicht. Die Diskussionen in Washington drehten sich darum, ob solche Waffen durch Inspektionen gefunden werden könnten und ob sich ein Regimewechsel als notwendig erweisen würde, um die Waffenherstellung zu verhindern. Bush und Schröder waren nicht einer Meinung über die Gefahr, die der Irak darstellte. Für Bush war dies selbstverständlich, für Schröder bedeutete es

einen sehr großen Sprung nach dem Sieg in Afghanistan.

„Blood für oil“?

Gleichzeitig drehten sich viele öffentliche Diskussionen in Deutschland darum, ob der amerikanische Präsident mit seinem Hintergrund in der Ölindustrie in Wirklichkeit die irakischen Ölquellen kontrollieren wollte. Dies traf nicht zu, denn das Öl im Irak floss ungehindert weiter. Saddam Hussein verkaufte so viel Öl, wie es ihm die Vereinten Nationen erlaubten. Die Regierung Bush könnte die Entwicklung der irakischen Ölproduktion unter einem anderen Regime als nützlich ansehen sowohl für das irakische Volk als auch für die Vereinigten Staaten. Aber diese Debatte war kein wesentlicher Faktor. Sie beruhte vielmehr auf einer Fehlinterpretation der Motive des amerikanischen Präsidenten.

Schröder ist vor dem Hintergrund seiner Vergangenheit bei den Jusos, die gegen den amerikanischen Militäreinsatz in Vietnam protestiert hatten, geneigt, eine Einmischung in die Angelegenheiten des Irak als ein weiteres Beispiel für die imperiale Überheblichkeit, für den Imperialismus einer Großmacht anzusehen. Die Reaktion vieler seiner Anhänger in der rot-grünen Koalition war ideologisch und historisch bedingt, was der Kanzler bei der Suche nach zusätzlichen Stimmen auszunutzen wusste. Breite Segmente der deutschen und europäischen Linken hegen noch Argwohn gegen die Vereinigten Staaten als kapitalistisches Land. Ging es bei der amerikanischen Politik um die Verteidigung oder um wirtschaftliche Interessen? „Blood for oil“ – Blut um des Öls willen – könnte ein simplistischer Spruch sein, den sich viele unentschiedene Wähler merken könnten. In Deutschland war der historische Faktor ausschlaggebend. Opposition gegen den Krieg überhaupt war als allgemeine Stimme bei der ganzen deutschen Bevölkerung zu hören. Die

Nachbarländer Deutschlands sowie Elite und Bevölkerung der Vereinigten Staaten begrüßten diese Opposition in einer Nation, die im zwanzigsten Jahrhundert schuldhaft in zwei Weltkriegen verwickelt war. Es erübrigte sich, darauf aufmerksam zu machen, dass die Deutschen Kriegsgegner waren, und daran nahm kein Land und keine Regierung Anstoß. Aus diesem Grund hatte sich Deutschland mit großer Vorsicht entschieden, Maßnahmen zur Friedenssicherung zu ergreifen und anderen, die unter den Folgen von Krieg und Bürgeraufständen litten, zu helfen. Deswegen hatte Deutschland immer betont, ein deutscher Einsatz könne nur als Teil einer breiten, internationalen Koalition verstanden werden. Bundesaußenminister Joschka Fischer hat es seiner eigenen Partei erklärt, warum es notwendig sei, der Bevölkerung auf dem Balkan bei ethnischen Auseinandersetzungen zu helfen. In diesem Fall war die Gefahr klar zu erkennengewesen: Viele starben und viele flüchteten. Der irakische Fall war weniger klar.

Im ideologischen Licht betrachtet, war die amerikanische Politik nicht verteidigungsorientiert, sondern war Teil eines anderen Ziels. Die Regierung Bush wie auch viele Mitglieder des Kongresses – sowohl Republikaner als auch Demokraten – sahen den Irak als eine Bedrohung. Später, als Kim Jong Il begann, die USA mit einer nuklearen Bedrohung zu erpressen, sahen Senatoren beider Parteien den nordkoreanischen Führer wie einen Saddam Hussein zwei Jahre später. In anderen Worten, Kim machte das, was Saddam Hussein in kurzer Zeit machen würde. So ist das Problem nicht nur die Entdeckung der Massenvernichtungswaffen, von deren Existenz Washington nach wie vor überzeugt ist, sondern auch die Eliminierung der Ursache des Problems. Auch wenn ein Regimewechsel im Irak wünschenswert erschien, müsste dieser Regimewechsel nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden.

Bush und Rumsfeld bedachten auch diese Möglichkeit. Schröder nicht. Washington hatte genügend Möglichkeiten, eine psychologische Kriegsführung zu beginnen. Wenn man Saddam dazu bringen wollte, ins Exil zu gehen, war eine Politik mit einer glaubhaften Kriegsdrohung nötig. Allerdings erforderte eine solche Möglichkeit einen ständigen psychologischen Druck mit einem sich ständig intensivierenden militärischen Druck. Dieser Druck musste in Bagdad als überwältigend und auch als unmittelbar bevorstehend angesehen werden. Wenn eine Einschüchterung benutzt werden sollte, müsste es genügend internationale Unterstützung für eine mögliche Militäraktion geben, um diese glaubhaft zu machen. Deutschland steuerte jetzt in die Gegenrichtung und versicherte, dass Berlin sich nicht beteiligen würde und dass es in Erwägung ziehen würde, die amerikanischen Streitkräfte daran zu hindern, deutsche Einrichtungen oder NATO-Anlagen zu benutzen.

Pragmatismus und Hysterie

Die CDU/CSU-Opposition entwickelte in der Zeit vor und nach der Bundestagswahl in Deutschland ihre eigene Position, die auch stark vom Verständnis der Geschichte des Landes und seiner Opposition gegen einen Krieg geprägt war. Allerdings waren die Unionsparteien nicht mit der ideologischen Bürde ihrer Kollegen in der Bundesregierung belastet. Daher konzentrierte sich ein eher pragmatischer Ansatz auf die Kommentare ihrer traditionellen Führung, etwa Wolfgang Schäubles. Indem sie eine Hoffnung auf eine allgemeine europäische Position betonten, ähnlich wie sie auch in der Vergangenheit auf eine internationale Bedrohung reagiert hatten, widersetzten sie sich der Möglichkeit, die deutsche Politik als Opposition gegen die Amerikaner einzusetzen. Die Unionsparteien wurden von der Entscheidung des Bundeskanzlers über-

rascht, der während des Wahlkampfes ankündigte, Deutschland würde sich nicht an einer Invasion des Irak beteiligen, einer Invasion, zu der die Beteiligung des Landes nicht einmal erbetteln worden war. Sie werteten diese Ankündigung als unnötig und wenig hilfreich auf internationaler Ebene, nicht zuletzt weil sie berechnet war, innenpolitisch Vorteile zu bringen.

Auch andere führende Politiker im Ausland äußerten Kritik an einer möglichen Entscheidung, den Irak anzugreifen, aber die Art und Weise, in der der Bundeskanzler verfuhr, war außergewöhnlich. Auf einen Schlag erschien die deutsche Politik hysterisch und jeder Vernunft beraubt. Das geschah zu einem Zeitpunkt, in dem die amerikanische Regierung in eine internationale Diskussion des Problems verwickelt war. Am 26. August hielt Vizepräsident Richard Cheney eine besonders kämpferische Rede zu dem Thema Irak. Er war den Entscheidungen der Regierung vorausgeeilt. Unmittelbar danach beriet er sich mit der Nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und milderte in der Folge seine Rede ab. Der Präsident war noch nicht zu einer Kriegsentscheidung bereit. Er hörte auf den Rat, die Inspektionen unter dem Schutzmantel der Vereinten Nationen wieder aufzunehmen. Und gerade in diesem Moment, in dem die Vereinigten Staaten nicht sicher waren, welchen Schritt sie als nächsten gehen sollten, und die US-Regierung zwar Saddam Hussein als Gefahr betrachtete, sich aber andere Verfahrensweisen überlegte, entschied Bundeskanzler Schröder, den Irak in den Wahlkampf einzubeziehen. Damit entfernte er Deutschland von der Gruppe der führenden Staaten, die vorsichtige Ratschläge hätten anbieten können. Im Gegensatz dazu entschied sich Bush, das Problem den Vereinten Nationen vorzulegen, und begann intensive Diskussionen über eine Resolution des Sicherheitsrates mit dessen Mitgliedern. Deutschland stand allein.

Die Vereinigten Staaten hatten eine multilaterale und nicht unilaterale Aktion gewählt. Berlin aber sah das lediglich als Tarnung für eine spätere unilaterale Aktion.

Die Regierung Bush tastet sich durch ein internationales Minenfeld. Die Vereinigten Staaten kämpfen nicht nur einen globalen Krieg gegen den Terrorismus, sondern jede Entscheidung in diesem Kampf gegen den Terrorismus ist Teil eines Versuches, einen Platz für die Vereinigten Staaten als Supermacht in einer Welt der wachsenden Gefahren zu finden. Gleichzeitig versucht man Frieden im Nahen Osten zwischen Israel und seinen Nachbarn zu schaffen.

Eine kritische Komponente in der Irakkrisse ist der Zusammenhang zwischen Bagdad und der Bedrohung durch den Terrorismus, aber das ist nicht das einzige Problem, das Saddam Hussein stellt. Der irakische Diktator stellt die zivilisierte Welt vor drei Probleme: *Erstens* hat seine brutale Herrschaft sein eigenes Volk ausgehungert und die Wirtschaft des Landes zerstört. Das gegenwärtige Regime der Sanktionen kann nicht viel länger ohne zunehmende internationale Kritik aufrechterhalten werden. Die Sanktionen haben schon zu bröckeln begonnen. *Zweitens* hat Saddam Hussein schon gelernt, die Sanktionen zu umgehen. Das Regime der Sanktionen funktioniert nicht effektiv: Große Mengen Öl werden verkauft, und der Erlös wird für Waffen und Luxusgüter für den Präsidenten verwendet. Firmen in Deutschland und den Vereinigten Staaten, aber auch in anderen Ländern haben verbotene Güter an Saddam Hussein verkauft, was es ihm ermöglichte, die Entwicklung seiner zerstörerischen Kapazität fortzusetzen. *Drittens* ist es unmöglich vorherzusagen, wie er die Atomwaffen einsetzen will. Erpressung ist eine Möglichkeit, und eine Verbindung zu Terroristen, die er mit biologischen, chemischen und nuklearen Waffen beliefern könnte, ist nicht ausgeschlossen. Senator

Joseph Biden (Demokrat aus Delaware), der Vorsitzender des außenpolitischen Komitees des Senates war, als die Demokraten im Jahr 2002 die Macht im Senat hatten, sagte, es würde notwendig sein, Saddam Hussein in naher Zukunft zu entfernen. Die Bedrohung durch ihn sei einfach zu groß. Senator Bob Graham (Demokrat aus Florida), ein Mitglied des Senatskomitees für den Geheimdienst, hat auf Terroristennetze in anderen Staaten des Nahen Ostens aufmerksam gemacht, die eine Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellten. Welche Entscheidung auch immer die Vereinigten Staaten treffen, sie birgt eine Gefahr.

Ende der militärischen Zusammenarbeit?

Die schwierige Situation, in der sich die Regierung Schröder/Fischer jetzt befindet, verschlimmert sich dadurch, dass die Bundesregierung mit dem Problem konfrontiert wird, wie sie ihre Wahlversprechen halten soll, während die Vereinigten Staaten sich auf die Möglichkeit einer Konfliktes mit dem Irak vorbereiten.

Es gibt nicht nur amerikanische Streitkräfte in Deutschland, es gibt auch deutsches Militär in verschiedenen gemeinsamen Organisationen, AWACS inbegriffen. Einen Weg für Deutschland aus diesem Dilemma zu finden – wie es nicht verwickelt sein wird, auch wenn die Vereinigten Staaten eine militärische Aktion beschließen, und wie es dennoch den Vereinigten Staaten erlauben kann, seine Streitkräfte entsprechend einzusetzen – ist zu einer komplexen Frage geworden. Können die Vereinigten Staaten ihre Stützpunkte in Deutschland im Fall eines Krieges mit dem Irak benutzen? Das Resultat war ein Zunehmen der Spekulation, die Vereinigten Staaten würden ihre Militärstützpunkte in Deutschland schließen, wenn sie nach Polen verlegt werden könnten. Am 13. Januar 2003 traf sich Präsident Aleksander Kwasniewski mit Präsident

Bush im Weißen Haus zu einem Gespräch über die Irakfrage und die Frage des Nahen Ostens im Allgemeinen. Er hatte kurz zuvor Reisen in den Libanon und nach Syrien unternommen und war bereit, seine Eindrücke und seine Ratschläge seinem amerikanischen Kollegen zu übermitteln. Kwasniewski erklärte der Presse, dass Polen auf eine friedliche Lösung des Problems hoffe, aber bereit sei, militärisch mit den Vereinigten Staaten zu kooperieren. Sein Land würde auch amerikanische Kampfflugzeuge kaufen, und er würde Ausgleichsvereinbarungen aushandeln, damit ein Teil der Produktion in Polen stattfinden könnte. Wie er betonte, war es seine Absicht, die amerikanischen Investitionen in Polen zu verstärken. Mit anderen Worten, die Folge des deutschen Wahlkampfes könnte einen völligen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Deutschland bedeuten und damit das Ende von mehr als fünfzig Jahren Zusammenarbeit und Kontakt zwischen der deutschen Zivilbevölkerung und dem amerikanischen Militär. Die persönlichen Kontakte, die über Jahrzehnte zwischen jungen amerikanischen Soldaten und Offizieren, ihren deutschen Kollegen und der deutschen Zivilbevölkerung entstanden, die zu Millionen von Freundschaften und wertvollen Erinnerungen führten, könnten ein Ende finden.

Am 24. Dezember veröffentlichte die *Washington Post* eine ernüchternde Analyse der Aussicht einer Verteidigung gegen den Terrorismus. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass die Bedrohung durch den Terrorismus seit dem 11. September 2001 kaum abgenommen habe; es bestehe die Möglichkeit, dass das Weiße Haus und der Kongress auch weiterhin ein Ziel sein würden. In einem Szenario, das an einen Roman von Tom Clancy erinnert, stellte die *Post* die Frage, was zu machen wäre, wenn alle Kongressmitglieder zusammen mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten in einem plötzlichen Angriff getötet

würden. Die präsidentiale Nachfolge würde nüchtern diskutiert, mit der Fragestellung, welche Mitglieder des Kabinetts die Präsidentschaft in diesem Falle übernehmen könnten. Es vergeht kein Tag, an dem das amerikanische Volk nicht mit Berichten von Terroristenzellen konfrontiert wird, mit neuen Entscheidungen über die Sicherheit des Heimatlandes, mit neuen Einschränkungen an Flughäfen und Ähnlichem. Am 31. Dezember wurden neue Sicherheitsmaßnahmen an Flughäfen im ganzen Land eingeführt. Während die Deutschen sich immer mehr an tägliche Berichte über neue Steuern gewöhnen, lesen die Amerikaner tägliche Berichte über Maßnahmen, die zum Schutz gegen Terrorismus ergriffen werden. Washington hat nicht in Panik reagiert, aber es gibt eine Atmosphäre der Entschiedenheit zu überleben. Der Irak wird von der Regierung Bush ebenso wie von Mitgliedern der Demokratischen Opposition als ernste Bedrohung betrachtet.

Als die Diskussion innerhalb der Regierung Bush zu der Entscheidung führte, sich an die Vereinten Nationen zu wenden, und der Sicherheitsrat zu dem Beschluss kam, dass neue Inspektionen ausgeführt werden müssten, um nachzuweisen, dass der Irak Massenvernichtungswaffen produzierte, war Deutschland bezeichnenderweise bei diesen Verhandlungen abwesend. Natürlich war Deutschland zu diesem Zeitpunkt noch kein Mitglied des Sicherheitsrates, aber offensichtlich wurden Frankreich, London, Russland, Großbritannien und China konsultiert, und ihre Ansichten wurden wahrgenommen. Anstatt als Alliierter der Amerikaner zu erscheinen und ernste Ratschläge zu erteilen, erwies sich Berlin als Schutzengel für den Diktator des Irak mit wütenden Anschuldigungen gegen den amerikanischen Präsidenten, die denen des Außenministers Tariq Aziz ähnlich waren.

Die Verhandlungen führten zu einer einstimmigen Resolution des Sicherheits-

rates, die sogar die Stimme Syriens einschloss. Hätte Deutschland mit den Vereinigten Staaten und den anderen Mitgliedern gestimmt? Saddam Hussein akzeptierte die Bedingungen, und die Inspektionen begannen. Obwohl die Vereinigten Staaten Rolf Ekeus als Leiter des Inspektionsteams vorgezogen hätten, beugte sich die amerikanische Regierung der französischen und russischen Unterstützung für Hans Blix. Innerhalb von wenigen Wochen produzierte Blix seine Analyse des Berichts, den der Irak über sein Waffenprogramm vorgelegt hatte, und es war klar, dass der Bericht nicht zufriedenstellend war. In einem Schwall von Dokumenten, 12 000 Seiten in arabischer Sprache, war nichts Neues aufgeführt worden. Eine solche Reaktion war Unheil verkündend. Gleichzeitig kündigte Nordkorea sein Nuklearprogramm an und begann sofort einen Prozess der internationalen Erpressung, indem es nuklearen Konfliktandrohte, falls seine Bedingungen nicht erfüllt würden. Dies war genau die Furcht, die die Vereinigten Staaten in Bezug auf Saddam Hussein hatten. Sollte er nukleare Waffen erhalten, wäre internationale Erpressung das Resultat.

Zunehmende Isolierung

Während die Inspektionen der Vereinten Nationen weitergehen, steht Berlin vor weiteren unbequemen Entscheidungen. Deutschland hat sich zunehmend isoliert. Im Dezember verkündete die Regierung Schröder/Fischer, sie werde erwägen, mit Frankreich und Großbritannien gegen den Irak zu stimmen, falls es notwendig wäre. Sonst könnte der Sicherheitsrat sich in der Situation befinden, dass alle anderen Mitglieder für eine Resolution stimmten und Deutschland die einzige Gegenstimme abgeben würde. Außenminister Fischer verkündete den außergewöhnlichen Beschluss, dass Deutschland einfach mit allen anderen europäischen Staaten stimmen müsste. Diese peinliche Enthüllung

würde bedeuten, dass der Bundeskanzler eine Entscheidung unterstützte, gegen die er während des Wahlkampfes gesprochen hatte und an deren Umsetzung Deutschland nicht teilnehmen würde. Wie könnte ein solches Ereignis Deutschlands lang gehegten Wunsch, ein permanentes Mitglied des Sicherheitsrates zu werden, beeinflussen? Würden die Vereinigten Staaten weiterhin die permanente Mitgliedschaft Deutschlands unterstützen? Welchen Beitrag hätte Deutschland zu der internationalen Krisensituation bei einem solchen Verlauf der Ereignisse geleistet? Manfred Stolpe, Mitglied des Bundeskabinetts, warnte den Bundeskanzler öffentlich, er dürfte beim Einhalten seines Wahlversprechens keine Schwäche zeigen. Deutschland, so Stolpe, müsse im Sicherheitsrat gegen die Vereinigten Staaten stimmen. Es ist eine außergewöhnliche Entwicklung, dass ein Kabinettsmitglied eine solche Erklärung abgibt. Im Januar reiste Bundeskanzler Schröder nach China, um in Begleitung des chinesischen Premierministers mit dem Metrorapid-Zug zu fahren, den Deutschland als Geschenk für China gebaut hatte. Die chinesischen Zeitungen sagten nichts über den Zug als deutsches Geschenk, sondern schrieben voll Bewunderung über den neuen Zug. Berlin verkündete glücklich, dass die Chinesen sich der deutschen „Position“ in der Krise im Nahen Osten annäherten. Da die Regierung Bush Peking, ein permanentes Mitglied des Sicherheitsrates, umwarb, war es kaum wahrscheinlich, dass eine solche Aussage Freude in Washington verbreiten würde. Multilaterale Aktion im Irak würde die Unterstützung Chinas erfordern, und das Nicht-Erreichen einer günstigen Mehrheit im Sicherheitsrat könnte Bush dazu zwingen, andere Optionen zu bedenken. Was genau war die Absicht des Bundeskanzlers?

Während sowohl das deutsche als auch das amerikanische Volk hofft, dass es nicht zu einem Krieg kommt und dass

ein Krieg nicht notwendig wird, ist eine Situation entstanden, in der die beiden Regierungen Schwierigkeiten haben, miteinander zu sprechen. Die Vereinigten Staaten haben seit dem Ende des Kalten Krieges sicherlich versäumt, einen multilateralen Ansatz zu etablieren, und kein Präsident hat dieses Ziel verfolgt. Aber ein solcher Schritt hätte eine dramatische Veränderung in der gesamten amerikanischen Politik bedeutet, in der unilaterale Handlungen in der Vergangenheit sehr oft notwendig gewesen waren. Andere Länder haben sich auf diesen Unilateralismus verlassen, haben sich darauf verlassen, gegen eine Aktion zu sprechen, aber von ihr zu profitieren. Ja, der Multilateralismus erfordert auch das Erkennen einer gemeinsamen Bedrohung, eine Entschiedenheit, etwas dagegen zu unternehmen, und, was sehr wichtig ist, die Bereitschaft, einen Teil des nationalen Haushaltes der Finanzierung des militärischen Einsatzes zur Verfügung zu stellen.

Entfremdende Unterstellungen

Die außenpolitische Feststellung, die während des deutschen Wahlkampfes gemacht wurde, stellte das Problem der Invasion des Irak als eine Entscheidung dar, die Präsident Bush getroffen hatte, um die Stärke des amerikanischen Militärs zu zeigen, in der eine Weltmacht einen unnötigen Krieg anzetteln würde, um unklare Ziele zuverfolgen. Deutschland ignorierte die Sorgen Amerikas in Bezug auf den Irak, als ob es keine Auseinandersetzung innerhalb der Vereinigten Staaten gäbe. Aber diese Debatte findet seit mehr als einem Jahr auf vielen Ebenen statt. Der für die gesamte amerikanische Außenpolitik zuständige Personalbestand ist seit mehreren Monaten an diesen Diskussionen beteiligt, an Diskussionen, die in aller Öffentlichkeit geführt wurden. Bücher, Artikel in seriösen sicherheitspolitischen Zeitschriften und in Magazinen, in Fernsehdebatten, Analysen von Universitäten

und wissenschaftlichen Vereinigungen haben alle die Irakprobleme aus jeder möglichen Perspektive analysiert. Artikel in *Foreign Affairs* und *Policy Review* haben viele Leser erreicht. Die Gefahren der Aktion oder Nicht-Aktion, die Optionen der nachmilitärischen Aktion, die Möglichkeiten eines Regimewechsels wurden alle im Detail diskutiert. Gleichzeitig haben dieselben Leute verstanden, dass es bestenfalls extrem schwierig ist, Massenvernichtungswaffen in einem großen Land wie dem Irak zu finden. Bis jetzt haben sich keine irakischen Wissenschaftler gemeldet, die bereit waren, ihre Forschung außerhalb ihres Landes zu diskutieren.

In einer echten Bemühung, eine multilaterale Anstrengung mit den Vereinten Nationen zu machen, versucht Washington mit dem Sicherheitsrat einen realistischen Weg zu gehen. Dies bedeutet mit sowohl den ständigen als auch den nicht ständigen Mitgliedern. Die deutsche Position ist allerdings gefährlich isoliert. Falls sie sich nicht ändert, wird Europa nicht mehr mit einer Stimme sprechen, nicht einmal im Sicherheitsrat.

Es ist noch nicht sicher, ob es zu einem Militärschlag gegen den Irak kommen wird, aber die Art und Weise, in der die deutsche Regierung dieses Problem bei den Vereinigten Staaten zum Thema machte, war nicht dazu angetan, Zurückhaltung zu erreichen; es war auch nicht beabsichtigt, Alternativvorschläge zu machen. Dies war Konfrontation und stellte Deutschland an den Rand der Irakdebatte. Weder Berlin noch Washington haben einen Weg gefunden, die frühere Beziehung wieder aufzunehmen. Während die Partnerschaft weitergeht und die klaren Interessen beider Länder Kooperation erfordern, werden solche Beziehungen weiter bestehen. Allerdings brauchen beide Länder eine engere Verbindung, und es ist in ihrem Interesse, dazu zurückzufinden.

Übersetzung aus dem Amerikanischen